



## Mitteilungsblatt April (2) 2011

Liebe Mitglieder,  
sehr verehrte Damen und Herren,

dieses Informationsblatt unseres Vereins erscheint in der Zeit wichtiger Ereignisse in Görlitz. Wir wollen unseren Mitgliedern Informationen geben, die für die Beurteilung und Entscheidung anstehender Probleme wichtig sind. Unsere Bitte ist: Unterstützen Sie unsere Arbeit dadurch, indem Sie diese Informationen weitergeben oder uns wissen lassen, wer an diesem Mitteilungsblatt Interesse haben könnte.

### **Inhalt:**

- 1. Suchet der Stadt Bestes  
Senckenberg-Museum und Bahnhofsmision**
- 2. Extremismus in Görlitz**
- 3. Dr. Weidle und die Geschäftskreise**
- 4. Quo vadis, Dr. Wieler**
- 5. Deutsch-polnische Gespräche**
- 6. Haushalt**

### **1. Suchet der Stadt Bestes**

Wenn in den letzten Monaten viel über das Tafelsilber der Stadt Görlitz geschrieben wurde, dann war damit immer das Städtische Klinikum gemeint. Zwei wichtige Ereignisse in den vergangenen Tagen zeigen jedoch, dass dieses Tafelsilber aus sehr viel mehr Teilen besteht.

Am 15. April feierte die Naturforschende Gesellschaft und das Museum für Naturkunde Görlitz – heute prominentes und unverzichtbares Mitglied der Senckenberg-Gesellschaft/Frankfurt am Main, den 200. Jahrestag seines Bestehens. Aus einem kleinen Verein ornithologisch interessierter Bürger entstand in der Stadt Görlitz, zwischen den Universitäten Leipzig und Breslau gelegen, eine dem Humboldtschen Bildungsideal verpflichtete Wissensgesellschaft, die sich der Zoologie und der Botanik widmete: Forschung, Vermittlung (= Lehre) und Fürsorge für die durch die Menschen verletzte Natur, so könnte man die drei Säulen dieses Institutes nennen, das Görlitz international zu einem von Nepal bis Ostasien so genannten exzellenten Forschungsstandpunkt gemacht hat.

Wirkt das Senckenberg-Institut in die Weite und sorgt sich um die uns umgebende Natur, so kümmert sich die Bahnhofsmision, an deren unverzichtbaren Dienst am 16. April erinnert wurde, besonders um die Ärmsten und Einsamsten in unserer Stadt. Wie eine Gesellschaft mit diesen Menschen umgeht, daran erkennt man, was sie taugt. Nicht durch Zufall haben der Nationalsozialismus und die DDR die Arbeit der Bahnhofsmision verboten. 1897 in Berlin gegründet, begann die Geschichte der ökumenisch ausgerichteten Bahnhofsmision in Görlitz 1925 und wieder seit der Wende 1991. Mit einer ökumenischen Andacht wurde in der Bahnhofshalle durch Pastor Immer von der Reformierten Gemeinde in Görlitz und Altbischof Müller von der Katholischen Kirche an den im Lukas-Evangelium genannten Samariter erinnert. Oberbürgermeister Paulick hatte die Schirmherrschaft für diese Feier übernommen

und bekannte seine große Sympathie für die Arbeit der Bahnstiftung. Es ist ein beruhigendes Gefühl für eine Stadt, wenn der erste Mann der Stadt die Hilfe für die Schwachen zu seinem ersten Anliegen macht.

## **2. Extremismus in Görlitz**

Was halten Sie von der folgenden (gering gekürzten) Redemeldung eines Mitgliedes im Stadtrat von Görlitz (Widerrede auf die Ansprache des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Sitzung)?

„Ich würde Sie bitten, dass Sie in Zukunft in Ihren Sitzungseröffnungen weniger ausschweifend sind, denn Sie sollten nicht endlich darauf hoffen, dass wir alle immer so viel Geduld mitbringen, dass wir diese Eskapaden mittragen ... Ich glaube ja nicht, dass Sie diesem Appell folgen werden, aber möglicherweise wird das irgendwann Konsequenzen haben. Ich würde mir aber wünschen, dass Sie sich das durch den Kopf gehen lassen...“

So spricht in einer Stadtrats-Sitzung ein Vertreter eines Teils der Bürgerschaft der Stadt Görlitz mit dem Oberbürgermeister, der – nach der Sächsischen Gemeindeordnung – die gesamte Einwohnerschaft in seiner Person repräsentiert. Und in diesem Ton spricht dieser Stadtrat fast in jeder Sitzung. Ein trauriger Höhepunkt dieser Verunglimpfung des OB-Amtes war die letzte Sondersitzung zum Haushalt. Und fragt man andere Stadträte, warum sie dieses hundsordinäre Verhalten eines Vertreters der Stadt dulden, dann heißt es: Sie haben ja recht. Aber was soll man machen?

Deutschland, deutsche Städte haben in kurzer Zeit zwei fürchterliche Diktaturen ertragen müssen. Das Unglück begann immer schleichend und in kleinen Schritten, die man gern übersah. Aber immer begann es mit dem Verächtlichmachen demokratischer Strukturen. Ob die Braunen ihr „Sieg Heil“ in den Rathäusern brüllten oder die Roten im Berliner Abgeordnetenhaus die Versammlungen sprengten. Es waren immer die gleichen Demokratie-Feinde, die anders Denkende verachteten, die keinen Kompromiss suchten, sondern die Einschüchterung des „Gegners“ wollten (siehe die Rede oben, bitte noch einmal lesen!). Es sind immer die gleichen Extremisten, keine Rechts- oder Linksextremisten. Diese Differenzierung ist erfunden worden, um die Gefahr zu verharmlosen, die von ihnen ausgeht. Es sind hundsordinäre Extremisten aus unserer Mitte. Sie verhöhnen und beschimpfen im Schutz der Gleichgültigkeit der Gesellschaft demokratische Politiker. Wehrt endlich diesen Anfängen in unserer Stadt, liebe Stadträte!

Übrigens: Herr Beutler von der SZ nennt diese Provokationen wohlwollend „Klartext reden“. Was denkt nur dieser Journalist? Darf man zum dritten Male irren? Aber - prüfe jeder sich selbst, handelten wir bisher klüger?

## **3. Dr. Weidle und die Geschäftskreise**

Haben Sie Geduld? Die brauchen Sie, wenn Sie sich mit der Görlitzer Stadtpolitik beschäftigen. Denn sicher haben Sie es schon bemerkt: Unsere Berichte über die Vorgänge in der Stadt gleichen häufig der Betrachtung einer sich drehenden Weihnachts-Pyramide. Immer wieder kommen gleiche Bilder und Themen in den Blick, immer wieder erleben Sie diesen Aha-Effekt: Das habe ich doch so oder ähnlich schon gelesen?

Deshalb soll auch noch einmal das Grundmotiv genannt werden, das einige unserer Stadträte antreibt. Der rote Faden ist nicht selten der Wille, um jeden Preis die vom Gesetzgeber gewünschte Gewaltenteilung in der Stadtpolitik auszuhebeln und die Machtverteilung zum eigenen Nutzen zu verändern (sh. Mitteilungsblatt 12/2010). Diese Machtteilung hat aber ihren guten Sinn. Soll sie doch zum Wettbewerb um beste Leistungen führen und Machtmonopole verhindern.

Anders in unserer Stadt, wo die „Bürger für Görlitz“ unter Dr. Weidle, unterstützt von der CDU, fortwährend bestrebt sind, Kompetenzen des Oberbürgermeisters in den Stadtrat zu verlagern. Und es ist nicht nur die „Faszination des Kleinkrämertums“, die den Stadtrat dazu treibt, sich lieber um die sog. „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ zu kümmern als um die großen Entscheidungen und damit wesentlichen Weichenstellungen für die Stadt. Ziel ist es vielmehr, den OB zum Befehlsempfänger einer Gruppe nebenberuflicher Stadträte zu machen.

Letzter Beleg dafür ist die vor wenigen Wochen von der Mehrheitsfraktion veränderte Geschäftsordnung des Stadtrates, die ein weiterer Schritt in der „Kompetenz-Enteignung“ des OB-Amtes zugunsten der Mehrheitsfraktion ist. Häufig ist schon die Sprache verräterisch: Dr. Weidle spricht am liebsten von „unseren beiden Obersten“, wenn er den Oberbürgermeister und seinen 1. Beigeordneten meint. Damit soll verwischt werden, dass der Oberbürgermeister der einzige verantwortliche Chef der Verwaltung ist. Tatsächlich trägt aber nur er den „O b e r“ im Namen – als Zeichen für die eindeutige Kompetenzunterordnung seines 1. Beigeordneten. Deshalb heißt jener auch „nur“ Bürgermeister. Zum besseren Verständnis: Es ist am Ende nicht anders als beim Arzt und beim Oberarzt, beim Kellner und beim Oberkellner, beim Meister ebenso wie beim Obermeister.

Auf der 36. Stadtratssitzung versuchte Dr. Weidle erneut, in die operative Arbeit der Stadtverwaltung einzugreifen. Diesmal beantragte er, dem OB solle die Gesamtverantwortung für die Verwaltung erheblich beschnitten werden. Der OB dürfe bestimmte Geschäftskreise nicht an sich ziehen. Der Begriff „Geschäftskreis“ meint Verantwortungsbereiche in der Verwaltung. In diesem Fall waren alle Verwaltungsvorgänge gemeint, die mit dem Antrag der Stadt Görlitz, ins Weltkulturerbe aufgenommen zu werden, zu tun haben. (Im Übrigen war es der Stadtrat selbst, der den Oberbürgermeister einst mit dieser Aufgabe betraut hatte.) Bei einer so wichtigen Angelegenheit, deren Gelingen durch diesen Antrag eher gefährdet wird und der erneut erhebliche Unruhe und Streit in das Verhältnis Oberbürgermeister (mit Verwaltung) und Stadtrat bringt, sollte man doch eine gute juristische Absicherung dieses Antrages erwarten. Ganz im Gegenteil. Der Oberbürgermeister hat eine rechtliche Prüfung eingeleitet und ist danach zu dem Schluss gelangt, gegen diesen Antrag aus wesentlichen, ganz besonders auch juristischen Gründen Einspruch zu erheben. Es ist sehr bedauerlich, dass – nach den Turbulenzen um das Synagogen Thema - schon wieder Zwietracht im Stadtrat gesät wird, ohne dass ein Nutzen für die Stadt erkennbar wäre. Aber lassen Sie uns nicht nachlassen in dem Glauben, dass unsere Stadtväter und -mütter immer nur für das Wohl der Stadt unterwegs sind.

#### **4. Quo vadis, Dr. Wieler**

Der polnische Nobel-Preisträger Henryk Sienkiewicz schilderte in seinem Roman „Quo vadis“, wie der Apostel Petrus vor großen Problemen aus Rom weglief, auf diesem Wege eine Stimme ihn aber vorwurfsvoll fragte: „Wohin gehst Du denn?“ und er darauf reumütig nach Rom zurückkehrte, um zum Bekenner der Wahrheit zu werden.

Einen solchen Weg musste jetzt der 1. Bürgermeister, Dr. Wieler, gehen. Kurze Erinnerung an die Stationen dieses Weges: Auf der 100-Jahr-Feier des Fördervereins Synagoge hörten wir von Dr. Wieler etwa wörtlich: „Ich fordere den Förderverein auf, die Pflöcke einzuschlagen, die Führung zu übernehmen. Er allein solle bestimmen, was in der Synagoge geschieht! Das ist mein Wunsch.“ Soweit das Gedächtnisprotokoll.

Natürlich machte das auch dem Förderverein Mut, durch den Stadtrat Dr. Weidle einen – höchst unfertigen - Vertrag vorzulegen, der dem Verein ein überzeugendes Mandat für die Synagoge übertragen sollte. Auffällig bei allen Verhandlungen, in der Zeit vor und während der Ratssitzungen, war das völlige Schweigen Dr. Wielers, mit dem er alle Vorwürfe gegen den Oberbürgermeister begleitete, als dieser auf die Mängel des Vertrages hinwies. Die 35. Sitzung des Stadtrates wurde von Dr. Weidle und Anhängern weidlich genutzt, um dort den OB als großen Verweigerer darzustellen, der nur Gutes verhindern wolle. Der 36. Stadtrat brachte dann aber die Wahrheit ans Licht. Unter dem „Hebammendienst“ einer Stadträtin gestand Dr. Wieler verlegen und mit wenigen Worten, dass die entscheidenden Argumente gegen eine Unterzeichnung des Synagogen-Vertrages aus eben seinem Verantwortungsbereich gekommen waren und zur Ablehnung dieses Vertrages führen mussten.

Unterlassen wir alle Vorwürfe oder Hinweise auf Fairness und Loyalitätspflicht. Freuen wir uns lediglich, dass Dr. Wieler wieder in der Stadt zurück ist. Der Förderverein sollte erkennen, dass Kritik an seinen Vorhaben auch aus dem Wunsch entspringen kann, ihm behilflich zu sein.

## **5. Deutsch-polnische Gespräche**

Häufig leidet Berichterstattung daran, Themen gerade einmal anzureißen, kurz Fragen und Behauptungen aufzustellen, um dann sofort alles wieder zu vergessen und mit Neuem das Gleiche zu beginnen. „zur Sache!“ stellt sich die Aufgabe, immer wieder von wichtigen Themen für die Stadt zu berichten. Heute melden wir Neues zur deutsch-polnischen Medizin:

Die Sächsische Landesärztekammer, die Niederschlesische Ärztekammer und die Schlesische Ärztekammer laden alle Interessierten zum 5. Deutsch-polnischen Symposium für den 6.- 8. Oktober 2011 nach Schloss Fürstenstein/ Waldenburg bei Breslau. Themen: Demographische Entwicklung und medizinische Betreuung, grenzüberschreitender Rettungsdienst, Patientenrechte in Europa und Deutschland. Psychologisch-historische Überlegungen zu den gesellschaftlichen Wandlungen in Deutschland und Polen 1989.

Das zeigt: Das Gespräch zwischen Deutschland und Polen ist lebhaft und andauernd. Es kennt keinen Wahlkampf! (Information unter [www.ksiaz.de](http://www.ksiaz.de))

## **6. Haushalt**

Ein eigener Haushalt ist Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung. Wie weit aber die Handlungsfreiheit der Stadt inzwischen reduziert ist, zeigt sich darin, dass von den rund 60 Millionen EURO Eigenmitteln des **V e r w a l t u n g s h a u s h a l t e s** bereits 52,6 Millionen EURO durch Pflichtaufgaben gebunden sind. Lediglich 7,3 Millionen EURO (runde 12 Prozent) bleiben der Stadt, um gestalterisch tätig zu werden.

Für den europäischen Kulturkreis gilt die Regel, dass die Menschen mehr in Bildern denken, ungern in Zahlen. Das macht Themen wie dieses so unpopulär. Dazu kommt der Riesenumfang der Haushaltszahlen, die knapp 4 kg Papier zur Darstellung benötigen. Hier nur wenige Zahlen aus der Fülle:

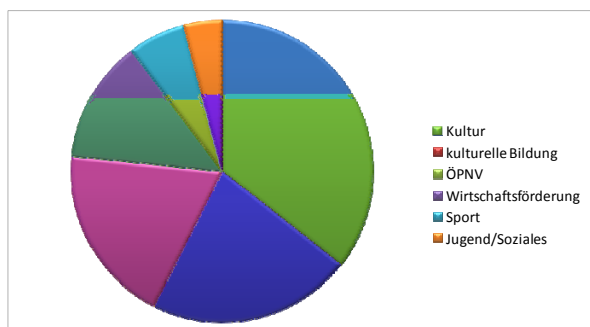
Voraussichtlich gehen (freiwillige) städtische **Z u s c h ü s s e** aus dem **V e r w a l t u n g s h a u s h a l t** (also konsumtiv) 2011 an das

1. Theater 2,05 Millionen EURO
2. ViaThea 99.000 EURO

3. Stadtbibliothek 435.000 EURO
4. Städt. Sammlungen 671.000 EURO
5. Musikschule 40.000 EURO
6. Volkshochschule 52.000 EURO
7. Tierpark 232.000 EURO
8. Kulturservice GmbH 177.000 EURO
10. Europastadt GmbH 865.000 EURO
11. allgemeine kulturelle Projektzuschüsse 62.000 EURO
12. Sportförderung 150.000 EURO
13. Neißebad 391.000 EURO
14. Förderung der Wohlfahrtspflege 170 000 EURO
15. Förderung der Jugendhilfe 100.000 EURO
16. ÖPNV 1,25 Millionen EURO
17. Friedhof 107.000 EURO

Ab 2013 kämen die Zuschüsse für die Stadthalle hinzu.

Der „Kuchen“ verteilt sich also auf die einzelnen Aufgabenbereiche wie folgt:



Wie man sieht: Innerhalb der freiwilligen Leistungen der Stadt werden die Prioritäten deutlich zu Gunsten der Kultur gesetzt. Die Bereiche Kulturelle Bildung, Öffentlicher Nahverkehr, Wirtschaftsförderung, Sport und Jugend/Soziales bleiben in den Ausgaben weit dahinter zurück.

Beim V e r m ö g e n s h a u s h a l t (investiv) geht es um einen Etat von rund 22 Millionen EURO für das Jahr 2011 und 26 Millionen EURO für 2012. Dabei sind die Investitionen zur Beseitigung der Hochwasserschäden (darunter: Ersatzneubau des Sport- und Gemeindezentrums Hagenwerder inkl. Sportplatz, Kita Hagenwerder, Feuerwehrgerätehaus Hagenwerder sowie einer Zweifachsporthalle inkl. Parkdeck Hugo-Keller-Str.) noch gar nicht berücksichtigt. Gespeist wird der Vermögenshaushalt der Stadt aus eigenen Rücklagen, den Resten des Neißefonds, aus Grundstücksverkäufen und sonstigen Haushaltsmitteln (z. B. Investiver Schlüsselzuweisung, Investitionspauschale des Freistaates).

Die Strategie der A u s g a b e n p l a n u n g weist nach den Vorstellungen des Oberbürgermeisters folgende nennenswerten Zukunftsmaßnahmen aus:

- Jakobstraße (2. und 3. Bauabschnitt)
- Berliner Straße (1. und 3. Bauabschnitt)
- Landratsamt

Stadthalle (1. Bauabschnitt)  
weitere Investitionen in Kitas einschließlich Ausstattung (Fachkabinette etc.)  
Sanierung Postplatz  
Gestaltung Uferpark (ehem. Massa-Gelände)  
ehem. Synagoge  
Wilhelmsplatz  
Salomonstraße  
Gymnasium Wilhelmsplatz  
Haltepunkt Berzdorfer See, Arbeiten am Rundweg und am Nordstrand  
Modernisierung der Technik in Rathaus, Jägerkaserne und Schulen  
Brandschutz und sanitäre Maßnahmen an Schulen, vor allem des  
Melanchthonkomplexes  
Bürgerhaus Kunnerwitz (Erdgeschoss)  
Technik für die Feuerwehr und den städtischen Betriebshof  
Tiefbaumaßnahme Rothenburger Straße samt Stützwand und – nicht zu vergessen -  
Schuldentilgung!

Viele Maßnahmen und Probleme können auf so kleinem Raum nicht behandelt werden; so die Prognosen der Steuerentwicklung, der für die Stadt so wichtige Kindertagesstättenbedarfsplan, Ausgliederungen von städtischen Einrichtungen, die Zuschüsse des Kulturraumes Oberlausitz-Niederschlesien auf Grund des Haushaltsgesetzes des Freistaates, das Auslaufen der Haustarife in der Stadt und die erheblichen Belastungen durch die Inanspruchnahme der Altersteilzeitmodelle. Las man aber im Anschluss an die Ratssitzung die Berichterstattung der Sächsischen Zeitung (vom 14.04.2011), wurde man einmal mehr das Gefühl nicht los, die Beiträge waren schon geschrieben, ehe die Haushaltsrede gehalten war. Im Mittelpunkt des Haushaltsentwurfes des Oberbürgermeisters stand eben nicht die „Finanzschwäche der Kommune“, sondern die Tatsache, dass es finanziell ganz gut laufen könnte, wären da nicht Dritte (Bund, Land und Kreis), die – mehr oder minder – inzwischen der „Hilfe von unten“, also der Städte und Gemeinden bedürfen. Im Zentrum der Haushaltsrede stand also die Verletzung des Konnexitätsprinzips (des staatsrechtlichen Grundsatzes, dass Aufgabenwahrnehmung und Ausgabenverantwortung immer bei derselben Ebene zu liegen hat. GG Art. 104a) und der Appell an alle Beteiligten, dieses Prinzip zu verteidigen.

Wenn also unser Freistaat in Baden Württemberg wegen der unklaren Pläne der dortigen rot-grünen Regierung in großen Tageszeitungen mit dem Slogan wirbt: „Liebe Unternehmer in Baden Württemberg: Kommen Sie nach Sachsen – hier ist die Welt noch in Ordnung.“, dann muss man sich als Sachse schon fragen: „Was, liebe schwarz-gelbe Regierung, ist hier eigentlich noch in Ordnung?“

Vor uns liegt eines der schönsten christlichen Feste, das die Auferstehung des Herrn mit dem Erwachen der Natur verbindet, wie wir auch zu DDR-Zeiten in der Schule aus Goethes Faust hörten: „wir sind selber auferstanden aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern, aus Handwerks- und Gewerbesbanden, aus der Straßen quetschender Enge - zufrieden jauchzet groß und klein. Hier bin ich Mensch, hier darf ich´s sein.“

Dass auch Sie diese Festtage so erleben und feiern können, wünscht Ihnen

Ihr Dr. Gleißner